

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

folwie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glasper (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Verleger: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paslow,  
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Breitenstr. 11, 1. Et.

Beirat: Angelegen  
für die dreigespaltene Beilage ober  
deren Raum 80 A.

Inhalt: Handwerker gegen den Befähigungsnachweis. — Aus dem Reichstage. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Abregelungen, Differenzen. — Bestimmungen des Verbandsvorsitzes. — Beschlüsse der Gewerkschaften. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Verufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Postzeit und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streik-Abrechnungen. — Anzeigen.

darin arbeitet. Tut er das, so wird er es auch gründlich erlernen. Selbst bei mangelhafter Lehre wird er sich bemühen, während der Gesellenzeit das Versäumte nachzuholen und sich in seinem erwählten Berufe auszubilden.

Die Handwerksmeister sollten den unangelegenen Elementen in ihrem Beruf nicht aufnehmen. Ebenso wichtig wie die Erlernung der manuellen Fertigkeiten und der technischen Ausbildung ist aber auch die kaufmännische Ausbildung; denn größter Fleiß und größte Geschicklichkeit können einem Handwerker nichts nützen, wenn er nicht rechnen kann. Darum gehört beim Lehrling die Grundlag hierzu, geleitet der Geselle sollte Gelegenheit haben, sich darin weiter zu bilden.

Das haben wir bösen, „handwerksfeindlichen“ Sozialdemokraten ja auch schon vor sehr oft sehr eingehend dargelegt. Aber ist es nicht gerade die Masse der Zünftler, der Schreier nach dem „Befähigungsnachweis“, die von einer gründlichen und umfassenden, wirklichen Lehrlingsausbildung nichts wissen will?! Freilich! Man höre und lese nur ihr böses Gezeir über den obligatorischen Fortbildungsunterricht.

Auch die zünftlerische Meinung läßt die Denkschrift nicht gelten, daß der Befähigungsnachweis „Schutz vor Puscherei und Schwindelkonkurrenz“ gewähre. Und so tritt sie wieder zu uns in Uebereinstimmung. Wie wir es so oft getan haben, so führt auch die Denkschrift aus, daß Puscherei, die Herstellung minderwertiger Arbeit, nicht sowohl ihren Grund im Mangel an Befähigung als in anderen Umständen, der Zwang der Konkurrenz, der Gewissenlosigkeit usw. habe. Wir lesen da:

„Der Begriff „Puscherei“ wird außerdem sehr oft gang mit Unrecht angewendet. Im großen und ganzen muß doch der Produzent sich nach dem Konsumenten richten. Dieser verlangt aber oft Arbeiten zu einem Preise, zu dem ein solcher Meister absolut nicht arbeiten kann. Hier wendet man sich aber an einen weniger tüchtigen, weniger soliden und gewissenhaften Handwerker. Dieser wird es immer geben, selbst auch bei Einführung des Befähigungsnachweises.“

Es sind hier auch insbesondere die Bedürfnisse von Stadt und Land, deren Rücksichtbarkeit und deren Ansehen bezüglich der Ausführung zu berücksichtigen. Von manchem Meister in der Stadt würden Arbeiten von Handwerksmeistern auf dem Lande als Puscharbeiten bezeichnet werden, während in Umkehr der Verhältnisse sie keineswegs als solche bezeichnet werden dürfen. So tragisch darf man die Bezeichnung „Puscherei“ überhaupt nicht nehmen.“

Dann widerspricht die Denkschrift der unünftigen Auffassung, daß der Befähigungsnachweis das Handwerk vor der kapitalistischen Uebermacht zu schützen vermöge; sie erkennt die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Großindustrie an und weist den Gedanken, sie einzuschränken, zurück als einen undurchführbaren.

Nach der Behauptung der Zünftler soll der Befähigungsnachweis auch ein Mittel sein, das „Standesehre zu bewahren“ und „die Standesehre zu befestigen“. Das sind absurde Phrasen, die auf vernünftige Menschen keinen Eindruck machen. Auch die Verfasser der Denkschrift vermögen nicht einzulehen, was der Befähigungsnachweis mit dem Charakter des einzelnen zu tun hat.

Weiterhin wird die Frage der Einschränkung der Konkurrenz durch den Befähigungsnachweis behandelt. Es wird die Zulässigkeit solcher Einschränkung, die für die Handwerker selbst die übelsten Folgen haben würde, bestritten und u. a. bemerkt:

„Es darf eben nicht alles nachteilige im Handwerk allein aufs Konto der Konkurrenz gesetzt werden. Die Konkurrenz bringt auch Vorteile, von denen der Unbedeutende nicht der ist, daß er anportiert zur Entfaltung der Kräfte, zur Ausübung alles Könnens und zur stetigen Weiterentwicklung in seinem Berufe.“

Auch folgende Auslassung ist wohl zu beachten: „Rationalisieren und gewerbliche Wuchsführung sind die Grundpfeiler eines rentablen Geschäftsbetriebes. Wir be-

haupten entschieden, daß die maßlosen Unterbietungen und Preisbrüderereien fast ausnahmslos ihren Grund darin haben, daß die Handwerker, die dieses tun, nicht rechnen können.“

Die Denkschrift hätte noch etwas anderes berückichtigen können, nämlich die Spekulation auf die Möglichkeit, Puscharbeit leisten, schlechtes und billiges Material verwenden und Arbeiter maßlos ausbeuten, sie sowohl wie Lieferanten prellen zu können.

Den Schlussfolgerungen, zu denen die Denkschrift gelangt, entnehmen wir folgende Hauptsätze:

Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse kommen wir am Schlusse unserer Darstellung zu dem Ergebnis, daß wir die Forderung einer gründlichen Lehrlingsausbildung, Bekämpfung des Puschertums, der Schwindelkonkurrenz und kapitalistischen Ausbeutung als berechtigt anerkennen; ebenso halten wir es für sehr wünschenswert, daß der ganze Handwerkerstand an Aufsehen gewinnt, derselbe sich hebt und die Handwerker eifrig bestrickt seien, die Standesehre hoch zu halten. Wir bestritten nur, daß die Forderungen allein durch Einführung des Befähigungsnachweises erfüllt werden können. Wir sind der Ansicht, daß diese Forderungen sich auch ganz wohl ohne Befähigungsnachweis erfüllen lassen, ohne daß dann die Nachteile mit verbunden sind, die der Befähigungsnachweis unbedingt im Gefolge haben muß.“

Diese Ausführungen werden den Zünftlern gerade jetzt, wo ihre Protokollen die Frage des Befähigungsnachweises im Reichstage wieder zur Verhandlung bringen wollen, sehr ungeteilt kommen. Denn es sind Handwerker, die so urteilen.

## Aus dem Reichstage.

Berlin, den 16. Januar.  
Der Reichstag nahm am 13. d. M., nachdem er nahezu vier Wochen Reichstagsferien genossen, seine Arbeiten wieder auf. In der Sitzung vom 12. kam eine Interpellation der Zentrumsfraktion, betreffend die Befähigung der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeitskammern zu einer vorläufigen Entscheidung, das Graf Posaadowsky im Auftrag des Reichstagspräsidenten erklärte, dieser sei bereit, die Interpellation dem nächst zu beantworten.

Sodann gelangte folgende Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung: „Was gedenkt der Herr Reichstagspräsident zu tun, um die unter den Bergleuten Deutschlands fast grassierende und bereits in das Meer eingedrungene Wurmkrankheit wirksam zu bekämpfen?“

Der Abgeordnete Sachs begründete diese Interpellation in sehr eingehender Weise. Er führte den Nachweis, daß die schlimmste Krankheit unter den Bergarbeitern immer weiter um sich gegriffen habe, die Regierung aber ihre Bekämpfung nicht energisch genug betrieben habe. Manche Zechen seien bis zu 70 pBl. der Beschäftigung verlustig. Von den Zechen haben viele noch nicht das richtige Verständnis für die Bekämpfung der Wurmkrankheit. Infolge der immer schlimmer werdenden Zustände sei unter den Bergleuten eine große Erregung entstanden. Es sei unabwendbare Pflicht der Regierung, energische Maßnahmen zu ergreifen.

Staatssekretär Graf Posaadowsky erklärte unter anderem: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wurmkrankheit unter den Bergarbeitern einen so erstickenden Charakter angenommen hat, daß Wissenschaft und Technik ungenügend berücksichtigt sind, dafür zu sorgen, daß alles geschieht, was zur Bekämpfung dieser Krankheit nötig und notwendig ist, und daß namentlich die Staatliche und Private keine Opfer scheuen dürfen, um alle Maßnahmen zu ergreifen, die Wissenschaft und Technik für notwendig halten.“

Der preussische Handelsminister Müller ging näher auf die Bekämpfung der Krankheit ein. Wir entnehmen diesen interessanten Ausführungen das folgende:

„Mittlerweile, aber nicht nachschmelzwerke haben italienische Arbeiter, die überall in der Welt umherziehen, um Arbeit zu suchen, die Suche aus den tropischen Ländern zu uns gebracht. Sie muß schon früher nicht nur in Deutschland, sondern vor allen Dingen in belgischen Gruben vorkommen gewesen sein. Die ersten bemerkenswerten Spuren traten bei uns zu Anfang der 90er Jahre in der Erscheinung. Man hat die Sache alsbald aufmerksam verfolgt; besonders Prof. Köster hat die Krankheitserscheinungen untersucht. Man unterjuchte aber damals nur die anämisch aussehenden Arbeiter und schloß daraus irrtümlicherweise auf eine sehr geringe Zahl von Wurmkrankten. Im-



Sahre 1895 erklärte Prof. Köhler die ernste Befürchtung der Arbeiter über den Charakter der Krankeitsversicherung, insbesondere die Anlage von Aborten im Innern der Bäder, für notwendig. Diese Anregungen des Prof. Köhler. Im Jahre 1896 die Ursache zu entsprechenden Bestimmungen des Ober-Bürgersamtes gewesen. Man ist allerdings in der ersten Zeit nicht mit dem besten Ernst an die Sache herangegangen, wie man es heute tun würde. Es liegt eben in der menschlichen Natur, daß man an die Dinge erst herantritt, nachdem man die volle Gefahr erkannt hat. Aber die volle Gefahr wurde damals noch nicht erkannt. 1900 ist man wieder zu einer Verschärfung der bergpolizeilichen Bestimmungen geschritten und hat insbesondere die Bestimmungen einer scharfen Unterordnung unterzogen. Trotzdem zeigte sich bei 1902 wieder eine erschreckende Zunahme der Wurmkrankheit. So daß von neuem in noch schärferer Weise auf die Durchführung der polizeilichen Vorschriften gedrungen wurde. 1903 wurde ermittelt, daß zwar die Seuche wiederum zugenommen habe, daß aber die Mehrzahl der Wurmträger nur wurmbefallen, aber nicht wurmkrank waren, das heißt, sie waren äußerlich vollkommen gesund, litten aber nichtsweniger eine Gefahr für ihre Mitarbeiter. Im Jahre 1902 wurde ferner nicht nur von Seiten der Behörden, sondern auch von Seiten des Knappschaftsverbandes ein Ausschuß eingesetzt zur Bekämpfung der Wurmkrankheit.

Überdies erkannte der Minister an, daß die Anregungen im Reichstage dazu beigetragen haben, die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Krankheit zu lenken. Diese Anregungen gingen von der sozialdemokratischen Fraktion aus. Diese stellte in der vorigen Session den Antrag: Das Reich möge Mittel zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Bekämpfung der Wurmkrankheit zur Verfügung stellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt; auch das Zentrum stimmte gegen ihn. Weiter erklärte der Minister Köhler:

„Wenn irgend eine Angelegenheit zu lebensschädlicher Behandlung ungeeignet ist, so ist es diese. Ich ernehme hier nochmals dankbar an, daß die ‚Vergarbeiter-Zeitung‘ namentlich zu Anfang viel dazu beigetragen hat, den Arbeitern die Gefahren der Wurmkrankheit vor Augen zu führen und sie zur Reinhaltung der Reinhaltung ist der Hauptpunkt bei der Bekämpfung der Seuche.“

Der von katholischen Vergararbeitern gewählte Abgeordnete Stöckel schilderte die schweren wirtschaftlichen Schädigungen, denen die wurmkranken Arbeiter ausgesetzt sind: Manche Bäder haben ja den Arbeitern einen Zuschuß gegeben, so daß sie einschließlich des Krankengeldes aus ihren Löhnen kamen. Aber viele Bäder haben sich dagegen gestäubt. Und noch schwerer wird der Arbeiter geschädigt, wenn, was ja auch ziemlich oft vorkommt, die Invalidität eintritt. Am allerhöchsten aber sei die Lage der jugendlichen wurmkranken Arbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen wieder an die Knappschaftskasse noch an die Invaliditätsversicherung Ansprüche haben. So ist es einem achtzehnjährigen Bredner aus meinem Wahlkreis ergangen. Vielesicht empfiehlt es sich also, die Wurmkrankheit nicht als Berufskrankheit, sondern als Betriebsunfall anzusehen. Allerdings bedarf es auch zu diesem Zweck noch besonderer gesetzlicher Bestimmungen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hüf stellte fest, daß Graf Bogdanowitsch und Minister Köhler über Weien und Umfang der Wurmkrankheit nicht genügend unterrichtet sind. Er ergänzte die Ausführungen Sachies in vorzüglicher Weise: Es steht fest, daß die ‚Vergarbeiter-Zig.‘ im Jahre 1897 den ersten Warnungsruß gegeben. Da sie von Weiden und von Seiten der Zentrumspartei die frivole Behauptung aufgestellt worden, daß die Zeitung des sozialdemokratischen Vergararbeiterverbandes die Sache ‚aufbauisch‘ und ‚agitativer‘ verwerfe. Fünf Jahre hindurch sei so gut wie nichts geschehen. Hüf führte weiter aus:

„Der Herr Minister hat die Vergararbeiterverbände besonders ermahnt, in aufklärender Sinne zu wirken. Aber wie sollen wir das anfangen? Wollen wir in dem am härtesten gefährdeten Meider, Weiskalen, eine Versammlung abhalten, mit Kerzen, nicht mit Politikern als Referenten, dann treiben uns die königliche Polizei die Säle ab. Wollen wir die Knappschaftsärzte veranlassen, beherrschende Vorträge in den Versammlungen des Vergararbeiterverbandes zu halten, so wird ihnen von einflussreichen Leuten geraten, das zu unterlassen. Vor drei Wochen, kurz vor Weihnachten, wollte ich in Niederschlesien einen Vortrag über die Gefahren der Wurmkrankheiten halten. Auf Grund des Gesetzes über die gemeingefährlichen Krankheiten wurde die Versammlung verboten, angeblich, weil der Typhus ausgebrochen war. Aber an demselben Tage waren der Kriegser und der Turnverein dort versammelt. Der Minister Köhler hat gegen an unsere Sachlichkeit und Lebensschadlosigkeit appelliert; er hat auch anerkannt, daß wir im Anfang der Bewegung uns Verdienste um die Aufklärung des Volkes erworben haben. Das haben wir nicht nur im Anfang, sondern im ganzen Verlauf der Krankheit getan. Aber was soll man dazu sagen, wenn in einem amtlichen Berichte, den der Polizeikommissar von Gelsenkirchen an das Ministerium erhalten hat, zu lesen ist: Das Auftreten dieser gefährlichen Krankheit sei für unsereins ein willkommener Agitationsstoff! Dann möchte meine Phantasie ja die blutrünstige Phantasie des Massenmörders Thomas überreifen. Tausende von Bekannten und guten Freunden werden von schwerer Krankheit betroffen, und ich sollte mich darüber freuen? Eine außerordentlich niedrige Natur gehört dazu, derartiges einem Menschen zu unterstellen.“

Auch auf die Frage der Beteiligung der Arbeiter an der Grubenauflage kam Hüf zu sprechen:

„Wenn man eine ernsthafte Bekämpfung der Seuche will und man anerkennt, daß die ‚Vergarbeiter-Zeitung‘ wirklich aufklärend gewirkt hat, warum zieht dann Minister Köhler nicht die Konsequenz und erläßt den langjährigen Wunsch der Vergararbeiter nach Heranziehung von Arbeiterkontrolluren? Liegt es noch so, wie sein Vorgänger Bredner erklärt hat, man sei in der Regierung dafür, fürchte aber, daß die Werksbesitzer die Arbeiterinspektoren maßregeln? In den Zeiten, wo man so viel von Terrorismus spricht, wäre es wichtig, das festzustellen, daß die Regierung zugeben müßte, ihre Arbeiterbeamten nicht gegen die Unternehmer schützen zu können. Und in England, in Frankreich ist es möglich.“

Aus dem weiteren Verlauf dieser Debatte ist noch erwähnenswert die Art und Weise, wie der neugewählte national-liberale Abgeordnete Dr. Weder (Gessen) den ‚Grundstein‘ in die Debatte zog. Er meinte, bei der Bekämpfung der Wurmkrankheit sei eine gewisse Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter nicht zu vermeiden, und den Sozialdemokraten gab er den Rat, sich darüber nicht aufzuregen. Dann fügte er hinzu: Die sozialdemokratischen Arbeiter über schlimmen Terrorismus. So lese mit Vorliebe den ‚Grundstein‘, das Organ des Abg. Bömelburg. Wie oft steht da bei Streiks drin: ‚Zugru ferngehalten‘.

Das macht dem ‚Grundstein‘ ein national-liberaler Arzt zum Vorwurf, dessen organisierte Standesgenossen im Kampf mit der Krankenkasse es genau so und noch viel rücksichtsloser machen. In den Organen der Ärzte wird nicht nur jeder Kollege, der sich nicht den Vorschriften der Organisation fügt, als ein ehrloser Mensch bezeichnet — die Ärzte werden sogar aufgefordert, erkrankte Mitglieder der hochdotierten Kassen überhaupt nicht zu behandeln. Als man den politischen Kommissaren Dr. Weder von Seiten der Sozialdemokraten auf diese Tatsache aufmerksam machte, meinte er naiv: ‚Allerdings, die Ärzte haben von Ihnen gelernt, sie handeln in Vertreibung ihrer berechtigten Interessen; sie müssen sich gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zusammenschließen!‘

(Wenn der Herr wirklich mit Vorliebe und — was die Hauptfrage ist — mit Aufmerksamkeit und Verständnis den ‚Grundstein‘ gelesen hätte, so hätte er darin schon oft sehr schmerzliche Mitteilungen und Erörterungen über wirklichen Terrorismus, der von Behörden, Unternehmern zc. gegen Arbeiter getrieben wird, finden können. Die Med.)

In der Sitzung vom 13. Januar teilte der Vorsitzende der sogenannten ‚Staatsbehaltenden‘ Parteien um die Gunst der Handwerker. Zur Debatte stand folgende Interpellation des vormaligen national-liberalen Abgeordneten Dr. Weder und Genossen:

„Welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dem Wunsch der Handwerker, daß für die selbständigen Handwerker die obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes eingeführt wird, entgegenzukommen?“

In seiner Begründung geberdt sich Dr. Weder ungemein handwerkerfreundlich. Wenn früher Sozialdemokraten auf die Forderung hinwiesen, daß der Handwerkerstand der wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer falle, daß immer mehr Handwerker in das Proletariat versinken — dann waren es stets Nationalliberale, die fanatisch getrieben, das sei nicht wahr; diese Behauptung sei ein demagogischer Agitationskniff der Sozialdemokraten. Und jetzt müssen wir erleben, daß der national-liberale Dr. Weder, ohne Widerspruch von seinen Parteigenossen zu erfahren, ja, unter dem Vorwand derselben, dieselbe Behauptung aufstellend, Vertreter im Reichstage, die einseitig für die Einbeziehung der Handwerker und Kleingewerbetreibenden in die obligatorische Versicherung eintreten. Später haben sie diese Forderung noch öfter wiederholt. Dieses wurde stets von allen ‚Staatsbehaltenden‘ Parteien, insbesondere von den Nationalliberalen, ebenso entschieden zurückgewiesen. Jetzt aber möchten der national-liberale Abgeordnete Dr. Weder und seine Freunde glauben machen, die Idee der obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung für die Handwerker sei ihrem Geiste entsprungen! Schriftlich haben die Sozialdemokraten die traurige wirtschaftliche Lage der Arbeiter geschildert, auf die Tatsache hingewiesen, daß mehr als 90 pht. aller deutschen Arbeiter ein Jahreslohn von unter M. 900 haben und es ihnen sonach unmöglich sei, zu sparen. Die ‚Staatsbehaltenden‘ haben diese Argumentation nicht gelten lassen, vielmehr behauptet, der Arbeiter könne sehr wohl sparen. Nunmehr haben wir im Reichstage aus dem Munde des national-liberalen Dr. Weder zur Begründung seiner Interpellation gehört, daß Handwerker, nicht ein Einkommen von mehr als M. 2000 haben, nicht im Stande sind, für die Forderung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes zuzulassen. Das geben wir ohne weiteres zu und haben wir stets zugegeben. Aber da sollte man denn doch aufhören, Arbeitern, die sich und ihre Familien mit wahren Hungerlöhnen erhalten müssen, die sogenannte ‚Tugend der Sparsamkeit‘ zuzumuten!

Der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfenbühler hielt dem Dr. Weder zutreffend entgegen:

„Wenn es bei Anträgen, die hier gestellt werden, einen Schutz des geistigen Eigentums gäbe, man könnte Herrn Dr. Weder des Plagats beschuldigen. Schon im Jahre 1882 haben Webel und seine Parteifreunde beantragt, daß alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge einschließlich der in den Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge, sowie alle selbständigen Handwerker, deren Einkommen M. 2000 nicht übersteigt, unter die Invaliditätsversicherung fallen sollen. Was heute also dem Dr. Weder als hohes Ideal vorsteht, was er für eine neue Entdeckung hält, das haben meine Freunde schon vor so langen Jahren beantragt. Herr Dr. Weder kennt diesen Antrag offenbar nicht. Das ist bei der totalen Unkenntnis, die er in seiner Rede über die Versicherungsgelegenheit offenbart hat, auch nicht verwunderlich.“

Die Debatte gestaltete sich zu einer die ‚Handwerkerfrage‘ überhaupt umfassende, wobei der bekannte demagogische Unterton, mit welchem die ‚Staatsbehaltenden‘ diese Frage stets behandelt haben, recht dröhnend zu Tage trat. Abgeordneter Webel konnte die Demagogie nicht mit der Veneration, obwohl die Sozialdemokraten die Handwerker keine Mittelstandskategorie vorzuziehen, bekennen sich immer größere Massen der Kleingewerbetreibenden zu den sozialdemokratischen Verbänden; sie sehen ein, daß sie von den sogenannten Mittelstandspolitikern selbst getäuscht werden!

## Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

**Ost- und Westpreußen:**  
Königsberg (Sperre über Colberg & Co., früher Karnowski);

**Schlesien:**  
Breslau (Sperre über Baumgart wegen Maßregelung);

**Prov. Sachsen und Anhalt:**  
Oschersleben (Aussperrung), Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperre über Wills, früher Drube & Engelmann);

**Königr. Sachsen:**  
Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten d. Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Bernat aus Dresden und Marien in Leipzig);

**Hannover:**  
Emden (Streik);

**Rheinprovinz:**  
Oberhausen (Sperren über Briggemann, Kröckmeier & Co., Gebr. Müller und Ostonyk), Wermelskirchen (Sperre über Hussels).

### Sperre über die Firma W. Tölle in Nürnberg.

Spezialgericht für Dampfmaschinen und Feuerungsanlagen. Die Sperre wurde wegen Lohnreduktion verhängt, wozu folgende Gründe angeführt wurden. Die Firma W. Tölle aus Zeitz hat am Neubau des städtischen Gaswerkes die Herstellung der Feuerungsanlagen von der Stadtgemeinde übernommen. Da aber diese Firma mit den bisherigen Arbeiterverhältnissen weniger vertraut ist, so übertrug sie die Lieferung der Maurer der Firma Tölle in Nürnberg, wobei, wie wir aus späterer Quelle erfahren, vereinbart wurde, daß die Firma Tölle für jeden Maurer 68 1/2 pro Stunde erhalten soll. Dafür verpflichtete sich Tölle, an die Maurer nicht unter 45 1/2 Stundenlohn zu bezahlen. In Wirklichkeit erhielten aber von den 32 dort beschäftigten Maurern drei einen Lohn von 45 1/2, einer 44 1/2 und 28 nur 43 1/2 pro Stunde. In der Woche nach Neujahr erlaubte sich nun Tölle, zwei unserer Kollegen den Lohn um 2 1/2 pro Stunde zu kürzen, und da in der darauf folgenden Woche unter den Kollegen der Gehalts laut wurde, daß noch weitere Lohnkürzungen vorgenommen werden könnten, wurde eine Kommission mit dem Zweckeren vorzulegen bei Tölle beauftragt. Der Kommission wurde erklärt, daß sich die Firma in die Festlegung der Höhe von den Arbeitern nicht hineinreden lasse, sondern Herr im eigenen Hause sein wolle. Die Lohnabzüge wären zu Recht erfolgt, weil die beiden Maurer, ungezogen, gemessen wären, wozu aber keiner Maurer etwas bekannt ist. Nachdem die Verhandlungen mit der Firma zu keinem Resultat führten, beschloßen die Kollegen in Anbetracht der Tatsache, daß auch auf Hochbauten 46 und 47 1/2 Stundenlohn gezahlt werden, ebenfalls 47 1/2 pro Stunde zu fordern. Diese Forderung wurde von der Firma ebenfalls zurückgewiesen, worauf die Kollegen in Verbindung mit dem Vorstand des Zweigvereins die Sperre beschlossen. Es sind alle dort beschäftigten Maurer Mitglieder des Verbandes, die auch einmütig Samstag, den 16. Januar, die Arbeit eingestellt haben. Es arbeiten nur die sechs Maurer, die die Firma W. Tölle aus Zeitz mitbrachte und die einen Stundenlohn von 60 1/2 erhalten. Es wird daher der Firma Tölle kein weiterer Ausweg bleiben, als die berechtigte Forderung der Kollegen anerkennen, was ihr ja auch ganz möglich ist.

Von Bromberg ist nach wie vor der Zuzug fernzuhalten.

Sperren sind beendet in Wilsen, Weiskalen und Trebbin. Die Aufhebungsank in Wilsen bei Trebbin hat sich mit den Streikenden geeinigt. — Der Unternehmer Kirchbach in Weiskalen hat sämtliche Streikende wieder eingestellt und die bisherigen Arbeitsbedingungen bestätigt. Lohnreduktion und Maßregelung sollen fernerhin ausgeschlossen sein.

Die Sperre über den Baumgartischen Bau in Breslau besteht noch. Baumgart braucht Fallbeugener und da sich solche nicht fanden, wollte W. Sultzeure antreten. Aber auch diese verzichtete darauf, Streikarbeit zu verrichten.

In Gera haben die Schornsteinmauer Differenzen mit der Firma Fraas & Co.

In Kolberg haben die Unternehmer Gebr. Hausmann den Lohn von 42 auf 40 1/2 reduziert. Ueber die Firma ist die Sperre verhängt worden.

**Im Streit in Emden.** Im Jahre 1900 wurde nach einem für die Kollegen günstig verlaufenen Streit ein Stundenlohn von 45 1/2, gültig bis zum 1. April 1903, mit der Zinnung vereinbart. Nach Ablauf dieser Zeit kamen neue Vereinbarungen nicht zu Stande; die Arbeitslosigkeit war zum Streit nicht gut genug und die Organisation der Kollegen ließ auch manches zu wünschen übrig. An Versuchen, auf guttlichem Wege eine Lohnkürzung zu erzwingen, hat es seitens unserer Zweigvereins nicht gefehlt. Die Unternehmer aber wiesen diese Forderung hartnäckig zurück. Im Herbst wurde die Baukonjunktur besser, ja, sie wurde als ausgezeichnet gefühlt, und nun küßten sich unsere Kollegen stark genug, ihren Forderungen durch den Streit Nachdruck geben zu können. Als die Unternehmer davon hörten, machte die Zinnung das Angebot, bis zum 31. März 1904 solle der bisherige Lohn in Geltung bleiben.

Ein Lohnangebot für die fernere Zeit machte sie nicht, nur Verhandlungen stellte sie nach dem 31. März in Aussicht.

Unsere Kollegen antworteten am 27. Oktober mit dem Streit. 169 Kollegen, davon 151 im Verband, stellten die Arbeit ein. Der Streit handet zunächst recht günstig für die Maurer. Aber von den Unternehmern wurden alle erdenklichen Mittel angewendet, um Streikbrecher heranzuziehen. Holland, die Denheimer und die Sabener Gegenden wurden abgedrückt; die kleine Insel Warkum wurde von drei Weiskalen „durcspflügt“. Und fast überall fanden sie ausgiebige Unterstützung der Polizei und des Wahngoldpersonals. Auch unsere Streikposten, die den Unternehmern überall auf den Beinen waren, hatten sich „liebvolles Fürsorge“ zu erfreuen.

Bahnpostvorspitzer, Assistenten und sogar Schaffner wette-







**Für Protokolle vom 7. Verbandstag in Berlin.**

Höbnerau M. 8, Hannover u. Umgegend 62, Kronach — 40, Leipzig 142, Wood l. Bonn 8, Baffan 8, Dargland 1, 20, Schöng 8, Ravensburg a. d. Elbe 1, Marzberg 2, Frieda bei Göttinge 8, 40, Blauen l. Bogli. 8, 60.

**Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.**

Maing M. 8.  
**Für Protokolle vom 2. Bauarbeiterkongress.**  
Leipzig M. 100.

**Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“.**  
Hannover u. Umgegend M. 51,50, Zörgau 2,50, Mainz u. Umgegend 26,50.

**Für Statistik.**  
Kreuzburg a. d. Werra M. 2,50.

**Für Futterale.**  
Brandenburg a. d. S. M. 1,90, Oldenburg (Gr.) 5, Brintum 8, 60, Mittelweh 2, Sarnfeld 2,50, Arnburg 1, Hannover und Umgegend 20, Gerhart u. Lange 5, Büllichau 4, Hardenbeck 2, 20, Schöng l. S. 1, Kronach 1, 10, Königsherg l. Br. 10, Braunsherg 5, Chemnitz 10, G. Mägen 5, Mörbä 5, Koffel 5, Wood l. Bonn — 30, Baffan l. Bonn. 2, Bhen l. Br. 1, 80, Leipzig 20, Danzig 5, Mülheimshoven 10, Pöhl 10, Dulsburg 10, Kamin 10, Grotzlig — 50, Glöckburg 1, Bonn a. M. 5, 50, Marzberg — 20, Frieda 4, Blauen l. Bogli. 80, Kohnig — 50, Gumbinnen 2,50, Straßburg l. Meßfr. 5, Bremen u. Umg. 10, Mainz u. Umg. 20, Hildesheim 1, Solzbach 5, Götze 2, Beer 1.

Die Zweigvereine - Kassierer resp. Einfender von Geldern werden ersucht, auf den Postschlitteln genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Koster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 18. Januar 1904.  
S. Koster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**Gau Stettin.**

Am 10. Januar 1904 sind in dem Vorstand gewählt worden:

Vorsitzender: **Wihl. Schauer**, Stettin, Falkenwalderstraße 18, 2. Et.;

Kassierer: **Richard Petersdorf**, Stettin, Pflümpstraße 14, 2. Et.;

Schriftführer: **Otto Wiewitz**, Stettin;

Beisitzer: **Paul Steinhöfer**, Jahndel;

**Ernst Schlinkert**, Stettin.

Alle Briefe und Anfragen sind an **Wihl. Schauer**, alle Geldsendungen an **Richard Petersdorf** zu adressieren.  
Der Gauvorstand. S. A.: **Wihl. Schauer**.

**Berichte.**

**Gau Stettin. (Konferenzbericht.)** Am 9. und 10. Januar tagte im „Gewerkschaftshaus“ in Stettin eine Konferenz des Gauvorstandes Stettin. Dieselbe wurde mit einer Ansprache des Gauvorstehenden eröffnet. Das Bureau bildeten Schauer und Schlinkert-Stettin als Vorsitzende, Hilenus-Stettin und Schäfer-Swinemünde als Schriftführer. Von den 61 Zweigvereinen des Gauces waren 35 durch 88 Delegierte vertreten. Die Tagesordnung war: 1. Geschäfts- und Kassierenbericht; 2. Lohnbewegung und Agitation; 3. Anträge; 4. Wahl des Gauvorstandes; 5. Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Von der Mandatsprüfungskommission wurden inzwischen die Mandate geprüft und sämtlich für gültig erklärt.

Den Geschäfts- und Kassierenbericht gab Kollege Schauer. Bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre haben sich die Zweigvereine im großen und ganzen sehr beteiligt. Die Wauitätigkeit war durchschnittlich mittelmäßig, auch teilweise eine gute. Neu gegründet wurden 4 Zweigvereine. Aufgelöst wurden 8. In 8 Orten wurden Bauvereine geführt, davon waren 5 von Erfolg, 3 ohne Erfolg. Die Lohnbewegung war in 4 Orten von Erfolg in 4 ohne Erfolg und in 2 Orten von teilweisem Erfolg. Vorarbeiten über den Bauarbeiterkongress waren von Seiten der Behörden in den meisten Orten erlassen, aber getan wurde wenig oder gar nichts dafür. Auch die Befolgung der Unfallversicherungsbestimmungen ist eine sehr geringe. In anderen Organisationen sind im Gau noch zu verzeichnen: Hirsch-Dunderberg, Sozialorganisations- und Gewerke. Der Gauvorstand ist in 169 Fällen unterwegs gewesen. Gerügt wurde die Vergütung von Lokalkassierern; obgleich die kleinen Zweigvereine wenig Geld in der Lokalkasse haben, wird damit auch noch nicht haarspalterig für vier allein M. 14 herausgab. Das dürfte in der Zukunft nicht mehr vorkommen.

Die Konferenz war mit dem Geschäftsbericht zufrieden. Der Kassierenbericht lag gedruckt vor, und wurde die Mithilflichkeit derselben von den Redatoren bestätigt. Dem Vorsitzenden und Kassierer wurde demnach Entlassung erteilt und ihnen für ihre Tätigkeit je M. 20 bewilligt.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Lohnbewegung und Agitation“ referierte Kollege Schauer. Die Lohnbewegung im vergangenen Jahre hat nicht das gebracht, was wir erhofft haben, in 16 Orten waren Forderungen gestellt und wurde für 404 Kollegen eine Lohnhöhe erzielt. In einigen Orten wurde die Verzögerung der Arbeitszeit, in anderen Einführung des Stundenlohnes mit einer winzigen Lohnserhöhung gefordert. In zwei Orten läuft der Vertrag ab. Die ganze Lohnbewegung im vergangenen Jahre hat zur Abschließung von Verträgen nicht geführt. In der Agitation ist auch viel gefehlt worden, hauptsächlich von den Zweigvereinen; es hätte mehr getan werden müssen durch Hausagitation, Waagitation, sowie durch Versammlungen. Wenn über schlechten Verhältnissen berichtet geflagt werde, so möchte man versuchen, die Versammlungen interessanter zu gestalten, an Stoff zu Wörtern fehlt es gewiß nicht, auch die Blödsinnigkeit ist ein gutes Agitationsmittel.

Wichtig-Kolleg: Der Zweigverein ist im vorigen Jahre zurückgegangen; es muß in diesem Jahre mehr Agitation be-

trieben werden. **Sabotage-Strategie:** Bei uns wird es in diesem Jahre hauptsächlich zu einer Lohnbewegung kommen. **Söhne-Bahn:** Bei uns hat sich der Mitgliederbestand vergrößert und fordert uns in diesem Jahre die Einführung des Stundenlohnes. **Abgimm-Gewerkschaft:** Auch bei uns hat sich die Mitgliederzahl vergrößert. Die Unternehmer wollen Klassenlöhne einführen, es wird aber wohl bei dem Willen bleiben. **Lehmer-Strich:** Die meisten Streitigkeiten entstehen bei der Einteilung von Lohngrößen. Ich bin für Einteilung derselben nach Kilometerzahl. Auch von der Haus- und Waagitation verspreche ich mir guten Erfolg. In der Debatte beteiligten sich noch Beitz-Gollnow, Richter-Wag a. d. O., Christen-Jeseritz und Krämer-Pajewall.

Dann erhielt das Wort **Wämsburg:** Der Verband hat seit 1900 durchschnittlich an 18-20000 Mitgliedern zugenommen; die Lohnbewegung war im vergangenen Jahre eine große; es waren 120 Abwehrstreiks und 152 Angriffstreiks zu verzeichnen. Der Erfolg ist gerade kein großer gewesen. Beteiligt an den Streiks waren 40000 Maurer. Wir können mit dem Erwarten rechnen, daß die Agitation soll in diesem Winter eine recht lebhafte werden, so daß wir mindestens 15-20000 Mitglieder dem Verbands mehr zuführen können. Dazu soll eine Flugdrift in Broschürenform herausgegeben werden über das, was der Verband bisher geleistet hat, um damit eine gute Hausagitation zu betreiben. Bei der Lohnbewegung ist vor allen Dingen die richtige Taktik zu beobachten, wenn wir etwas erreichen wollen. In Wommern läßt sich ja gänzlich über diese Seite nicht reden, es liegt dies an der ungünstigen Situation, weil hier bedeutend mehr Maurer vorhanden sind, als beschäftigt werden können. Bei Streiks haben sich die Zweigvereine genau nach dem Statut zu richten und nicht darüber hinaus zu gehen, denn Unterstützung gibt es in diesen Fällen in Zukunft nicht mehr. Wenn wir überhaupt vorwärts wollen, so ist es unbedingt notwendig, die Mitglieder zu ständigen Kämpfern zu erziehen.

**Groß-Wobeg:** Vor allen Dingen ist aber die Hausagitation zu betreiben. **Steinbrö-Jagund:** Ich halte es für gefährlich, in einen Lohnkampf einzutreten, bevor nicht alle Verhältnisse geklärt sind. Das Unternehmertum ist nicht mehr so wenig wie früher, und wir haben in allen Fällen jetzt damit zu rechnen. In den ländlichen Bezirken muß in Zukunft unbedingt mehr getan werden, auch die Statistik ist mehr zu berücksichtigen. **Schauer-Stettin:** Es ist nur nötig, daß wir gemeinsam zusammenarbeiten, in der Agitation nicht ermüden und die Beschlüsse hochhalten, dann werden wir auch vorwärts kommen.

Im dritten Punkt, „Anträge“, wird zunächst das Regulaativ durchberaten und einiges darin geändert. Christen-Jeseritz stellt folgenden Antrag: „Sämtliche Zweigvereine haben den Arbeitsnachweis nur mit dem Gauvorstand zu regeln und keine Arbeitsnachweise der Arbeitgeber zu benutzen.“ Der Antrag wurde angenommen; ebenso ein Antrag **Albrecht-Hannenthal:** „Die im Stettiner Lohngelicht arbeitenden Kollegen anderer Zweigvereine beziehen ihre Beitragsmarken von Stettin, rechnen mit der Hauptkasse ab und schicken den Prozentsatz nach Stettin.“

Im vierten Punkt, „Wahl des Gauvorstandes“, wurde beschlossen, einen besondern Gauvorstand anzustellen, das Gehalt derselben wurde auf M. 1800 festgesetzt. Kollege Schauer wurde als Gauvorstehender gegen eine Stimme gewählt. **Richard Petersdorf** wurde M. Petersdorf gewählt mit 21 gegen 4 Stimmen, als Schriftführer **O. Wiewitz** als Beisitzer die Kollegen **Schlinkert-Stettin**, **Steinbrö-Jagund** und als Redatoren: **A. Mahle**, **R. Glase**, **E. Maize**. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, regelte Kollege **Schauer** das Schlußwort und wurde hierauf die Konferenz geschlossen.

**Warmen.** In der Mitgliederversammlung am 5. Januar gab zunächst der Kassierer den Kassierenbericht vom vierten Quartal, gegen den Einwendungen nicht erhoben wurden. Anschließend hieran gab der Vorsitzende einen Lebensrückblick über den Geschäftsgang im verflochtenen Jahre. Er konstatierte, daß die Geschäftslage jetzt circa 400 Mitglieder zähle gegen 260 zu derselben Zeit im vorigen Jahre. Das sei ein erfreuliches Resultat, aber die Mitglieder mühten auch im neuen Jahre mit voller Kraft für die Ausbreitung der Organisation tätig sein, damit sich die Mitgliederzahl am Jahresabschluß verdoppelt habe. Es folgte dann die Neuwahl der Verwaltungsmitglieder. Zum vierten Punkt, die Gewerbegerichtswohle betreffend, die am Ende des Monats stattfindet, forderte Kollege **Reine** alle maßberechtigten Mitglieder auf, sich in die Wählerlisten einzutragen zu lassen und sich das Wahlrecht zu sichern, denn die Gewerbegerichtswohle habe für die Kollegen eine große Bedeutung. Hierauf teilte Kollege **Rickow** der Versammlung mit, daß einige Agitatoren der „Freien Vereinigung“ sich im Wuppertale aufhalten, um Mitglieder anzuwerben. Er warnte die Kollegen, sich nicht von diesen beeinflussen zu lassen, das beste sei, sie scharf abzuweisen.

**Calbe a. d. S.** Am 10. Januar fand unsere regelmäßige Versammlung statt, welche wieder sehr schwach besucht war. Zunächst berichtete Kollege **Mitter** über die in letzter Zeit vorgenommenen Arrangements, betreffend unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1904, und deren Regelung. Er führte u. a. aus, daß vier Protokolle ausgegeben wurden, die auch sämtlich wieder eingelesen sind. Die hauptsächlichste Frage im Protokoll war: „Gelten wir unsere im Jahre 1902 gestellten Forderungen aufrecht oder nicht?“ Von den auf den Listen bezeichneten Kollegen antworteten 80 pct. mit Ja, und die übrigen mit Nein. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß wir nicht noch einmal nötig hätten, die Unternehmer hiermit beunruhigen zu machen, da diese es ja seit dem Dezember 1902 in Händen haben, und wir das Angebot der Unternehmer im vorigen Jahre nicht akzeptiert, sondern unsere Eingabe bis zum 1. April 1904 vertragen haben. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Eine scharfe Rüge wurde den Kollegen zu teil, die sich in Sommerzeiten in Reis und Glas stellen, um die Arbeitszeit verkürzen zu lassen, sich aber nicht generieren, im Winter ihre Pausen nicht einzufahren, um die Arbeitszeit zu verlängern. Hierzu wurde ein Antrag angenommen, welcher bezweckt, jedem Kollegen eine geregelte Arbeitszeiteinteilung, mit samt dem Lohnsatz gebredt zuzustellen. Dasselbe soll gegeben mit dem vom Vorstande vorgelegten Regulaativ zu unserem Lokalfonds; derselbe soll am 1. März 1904 in Kraft treten. Zur Vorname der diesjährigen Verbandsbücherei wurden die Kollegen **Herrn. Goppo** und **Herrn. Richter** als Redatoren gewählt. Des weitern beauftragte der Kollege **König**, die beiden gemahregelten

Kollegen **Karl Mitter** und **Friedrich Hugel** zu unterstützen. Der Antrag wird vom Kollegen **Pope** unterstützt mit der Maßgabe, den Unterstützungsantrag zur Begutachtung beim Gauvorstande einzureichen. Zum Schluß bedauerte der Vorsitzende, daß wegen des schwachen Besuchs der Versammlung zwei Punkte der Tagesordnung: „Geschäftsbericht des Vorstandes“ und „Neuwahl derselben“, bis zur nächsten Versammlung vertagt werden mußten. Er machte es jedem Kollegen zur Pflicht, recht rege zu agitieren, damit so etwas nie wieder vorkommen kann.

**Chemnitz.** Am 12. Januar tagte im „Schützenhaus“ eine öffentliche Maurerverammlung. Der Vertreter in der Bauarbeiterkongress-Kommission erstattete Bericht über die Tätigkeit der Kommission im vorigen Jahre, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte und die Wiederwahl des bisherigen Vertreters vollzog. Hierauf folgte der Bericht unseres Vertreters im Gewerkschaftsrat. Infolge des Untwachsens unserer Organisation wurde beschlossen, sechs Vertreter in das Kartell zu entsenden. Nach einem Referat über die Anstellung eines besondern Vertrauensmannes wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 12. Januar im „Schützenhaus“ tagende Maurerverammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über die Anstellung eines besondern Vertrauensmannes in Chemnitz einverstanden. Sie anerkennt ferner die Notwendigkeit einer intensiveren Agitation im Erzgebirge. Die Versammlung erachtet es deshalb als dringend notwendig, daß der Gauvorstand vom § 10 des Regulaativs Gebrauch macht und für Chemnitz und das Erzgebirge einen Kreisvertrauensmann einsetzt. Um nun beide Vertrauensposten in einer Person zu vereinen, beauftragt die Versammlung die Agitationskommission, bahngleisende Schritte zu unternehmen und in einer noch in diesem Monat abzuhaltenden Versammlung über die Verhandlungen Bericht zu erstatten.“

**Cöln.** Am 5. Januar fand in Ehrenfeld eine Generalversammlung statt, die nur schwach besucht war, obgleich die Einladung dazu schon 14 Tage vorher ergangen und die Mitglieder aufgefordert worden waren, für zahlreiche Besuche Sorge zu tragen. Dem Jahresbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahre 8 öffentliche und 24 Mitgliederversammlungen stattfanden; außerdem wurden noch 2 außerordentliche Versammlungen abgehalten. Der Kassierenbericht ergab für die Lokalkasse eine Einnahme von M. 887,46, eine Ausgabe von M. 287,58 und einen Bestand von M. 99,88. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 117.

**Curfischlag.** Der Zweigverein hielt am 10. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Kassierenbericht vom vierten Quartal 1903 vom Kassierer verlesen und von den Redatoren bestätigt. Dann wurde die Neuwahl der „Brischen Verwaltung“ vorgenommen. Als Kassierer wurde der Kollege **Wilhelm Steinmann**, als Kassierer der Kollege **Ferdinand Zwick** und als Schriftführer der Kollege **Emil Rosenberg** wiedergewählt. Mit der Einberufung des Zweigvereins Geschäftig in den Zweigvereinen **Rehndel** sind die Kollegen nicht einverstanden, sie wollen selbständig bleiben.

**Danzig.** Am 8. Januar fand im Stepphuhnschen Lokal in Schöne die öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege **Schwarz** referierte über die Verhältnisse und stellte den Antrag, den die Zimmungsmeister mit dem Verbotswesen treiben in trefflicher Weise, lieber den zweiten Punkt, „Zimmungsstrafenliste“, referierte der Vorsitzende. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, den 8. Januar, im Saale des Herrn Stepphuhn tagende öffentliche Maurerverammlung ist der Ansicht, daß die Zimmungsstrafenliste nicht zum Vorteil der Kollegen beisteht, sondern lediglich bezweckt, eine Kassierenprüfung herbeizuführen und entgegen dem § 75 des Statutes-Verordnungsgebotes die bei den Zimmungsmitgliedern beschäftigten Arbeiter zu zwingen, einer bestimmten Klasse anzugehören, worin die Arbeiter auch nicht den geringsten Einfluß auf die Verwaltung der Kasse haben, sondern den Maßnahmen der Zimung gegenüber rechtlos sind. Sie fordert daher, daß diejenigen Handwerker oder Arbeiter, die bei Beginn des Arbeitsverhältnisses einer Strafenliste angehören, durch Entlassung nicht gezwungen werden dürfen, der Zimmungsstrafenliste anzugehören. Ferner beschließt die Versammlung, diese Resolution anlässlich der Lohnforderung in Betracht zu ziehen.“ Der Vorsitzende machte bekannt, daß der Herr **Herzog** bereits am 12. Nov. v. J. vom Magistrat aufgefordert ist, die Wahl zum Gesellenauschuß vorzunehmen; aber bis jetzt hat sich der Herr der Aufforderung obenannter Wechsle nicht gefügt. Es wurden dann vier Kandidaten zum Gesellenauschuß aufgestellt. Der Vorsitzende macht weiter bekannt, daß eine Wochenschrift über den Grunimtschauer Wechsellert herausgegeben worden ist, dieselbe ist zum Preise von 15 s pro Stück beim Kassierer des Zweigvereins käuflich zu haben.

**Frankenhausen a. Kyff.** Der Zweigverein hielt am 10. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kassierenbericht vom vierten Quartal, von den Redatoren für richtig erklärt, wurde entgegengenommen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß 78 Stellen dem Verband angehören und 50 Stellen, außer in Koffelt, demselben noch fernliegen. Redner sprach die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, die Gleichgültigen dem Verband zuzuführen. **Vys-** der Vorstandswahl gingen hervor als Vorhändler **Adolf Warthel**, als Kassierer **August Böhm** und als Schriftführer **Verhard Gehrot**. Als Vereinslokal wurde der **Barbaroslagarten** einstimmig gewählt. Ferner beschloß die dort besuchte Versammlung, für dieses Jahr einen höheren Lohn zu beanspruchen. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden an die Kollegen, eilig für den Verband zu agitieren und die Versammlungen zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Genzlin.** Am 10. d. M. hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Erzd. der vorher bekannt gegebenen wichtigen Tagesordnung hatten es die Kollegen nicht für nötig gehalten, vollständig zu erscheinen. Kollege **Stein** regte sehr scharf den schwachen Versammlungsbesuch im verflochtenen Jahre und forderte die Kollegen auf, in diesem Jahre die Versammlungen besser zu besuchen, damit wir auch den Unternehmern zu jeder Zeit entgegenkommen können. Von einer Lohnforderung an die Unternehmer nahm die Versammlung Abstand, weil es die Unternehmer in früheren Jahren nicht einmal für nötig gehalten hatten, darauf zu antworten. Die von dem Kassierer vorgelegte Abrechnung vom vierten Quartal war von den Redatoren geprüft und für richtig befunden worden.



Nun würde die Neuwahl der dritten Verwaltung vorgenommen, sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Am Schluß forderte der Vorstand die Kollegen auf, kräftig für den Verband zu agitieren, damit wir auch die Kollegen noch für uns gewinnen, die jetzt dem Verband fernsehen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

**Görlitz.** Der hiesige Zweigverein hielt am 9. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider ebenso schlecht besucht war wie sämtliche im vergangenen Jahre abgehaltenen Versammlungen. An dieser Stelle möchte der Schreiber dieses doch die Kollegen ermahnen, in Zukunft die Versammlungen vollständig zu besuchen; aber immer sind es diejenigen acht bis neun Kollegen, die in der Versammlung erscheinen. Von einigen Kollegen, die die Versammlungen gar nicht besuchen, wird dann immer betont, es liege doch nichts Besonderes vor. Gerade denjenigen Kollegen möchte ich empfehlen, recht häufig in den Versammlungen zu erscheinen und die Mitglieder, die nach ihrer Ansicht vorhanden sind, zu befehligen. Also, Kollegen, euer fleißige Versammlungsbesucher, und vieles wird sich bestreiten! Nun zu unserer letzten Versammlung. Den Bericht vom letzten Quartale stellte der in der eingehenden Besprechung die Abrechnung vom letzten Quartal wurde vom Kassierer Fischer vorgelesen. Geirigt wurde, daß noch zwei Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Die Jahresabrechnung der Kassa wurde gestellt, sie ist etwas unangenehm als die Abrechnung vom vorigen Jahre. Es liegt das aber lediglich daran, daß der Zweigverein in diesem Jahre eine ziemlich beträchtliche Summe für verschiedene Zwecke verausgabte. Es sind in Summa M. 180. In den Vorstand wurden mit wenigen Ausnahmen dieselben Kollegen wiedergewählt. Ferner wurde die Abhaltung eines Jahreskongresses beschlossen. Schluß der Versammlung 10 1/2 Uhr.

**Görlitz 1. S. M.** Sonntag, den 10. Januar, hielt der hiesige Zweigverein im Heiteren Wld' seine gut besuchte Generalversammlung ab. Es wurde zunächst die Abrechnung entgegengenommen, der sich ein kurzer Geschäftsbericht des Bevollmächtigten angeschlossen. Zu Punkt Neuwahl der Verwaltung wurden gewählt Kollege Waidhaas als erster, und Herrsch als zweiter Vorsitzender, als Kassierer wurde Kollege Bauer und zum Schriftführer Wibel wiedergewählt. Als Delegierter zur Konferenz in Alenburg wurde Kollege Waidhaas gewählt. Eine Reihe anderer wichtiger Verbandsangelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung. Nun muß für uns der Ruf gelten: 'Rufsch auf zur Agitation.' Die uns noch fernstehenden müssen aufgerufen und der Organisation zugeführt werden, erst dann werden auch die Gönner der Maurer einer besseren Zukunft entgegensehen.

**Greifswald.** Die letzten Mitgliederversammlungen im vergangenen Jahre beschäftigten sich hauptsächlich mit dem neuen Lohnkart, den wir am 20. November den Unternehmern eingereicht haben. Hauptforderung ist die zehnstündige Arbeitszeit und 40 S Stundenlohn. Am 15. Dezember wurde die erste Sitzung der Lohnkommission mit den Unternehmern abgehalten, die aber für uns keinen Erfolg brachte. Die Meister erklärten, daß wir den alten Lohnkart, 10 1/2 Stunden und 88 S Lohn, noch ein Jahr verlängern sollten. Die Mitgliederversammlung vom 22. Dezember beschloß, nichts von den Hauptforderungen abzulassen. Es kam wiederum zur Verhandlung. Die Meister wollten nun Klassenlohn von 36 bis 40 S einführen, wo doch unser Einheitslohn schon 33 S beträgt. Dieses Anerbieten wurde in der Mitgliederversammlung am 5. Januar zurückgewiesen, und es wurde beschlossen, auf Klassenlohn überhaupt nicht einzugehen, da dadurch nur Uneinigkeit zwischen den Kollegen hervorgerufen würde. Wenn die Unternehmer nicht als 40 S gehen wollen, so werden wir dagegen nichts unternehmen, aber 40 S muß die Grenze nach unten sein. Außerdem wurde der Lohnkommission angeheimgestellt, an weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Nun gelangte Sonntag, den 9. Januar, eine Einladung an unsere Kommission, daß sie sich doch denselben Abend um 6 Uhr einfinden möchte, um den letzten Beschluß der Unternehmerversammlung entgegenzunehmen. Resultat: Es soll beim alten bleiben. Stundenlohn von 88 bis 40 S, 10 1/2 stündige Arbeitszeit, und über die übrigen Punkte 'liege sich ja noch reden'. Der neue Lohnkart sollte dann erst am 1. Juli in Kraft treten. Eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung am 10. Januar beschloß gegen eine Stimme, an unserer Forderung, 40 S Stundenlohn, zehnstündige Arbeitszeit festzuhalten. Der neue Lohnkart soll vom 1. April 1904 an gelten.

**Salzfabrik.** Am der Mitgliederversammlung, die der Verband auch im letzten Jahre zu verzeichnen hat, hat der hiesige Bezirk leider keinen Anteil. Die Agitation für den Verband konnte infolge der stattgefundenen Reichstagswahl nicht so intensiv als sonst betrieben werden, weil ja die für die Agitation in Betracht kommenden Kollegen in der Wahltagzeit tätig sein mußten. Auch hat die Reichstagswahl noch in anderer Weise die Agitation erschwert. Der große Stimmengauwachs auch in unserem Bezirk, der hauptsächlich den Maurern zugeschrieben wird, brachte die ganze reaktionäre Gesellschaft auf die Beine zum Kampf wider den sozialdemokratischen Maurerverband. So ging die noch junge Organisation in Eisenfeld zu Grunde, weil den Kollegen angebroht wurde, sie würden im Winter keine Beschäftigung, weder auf dem Mittergut noch in der Zuckerfabrik erhalten. Auch mußte hier der 'unpolitische' Streikverein helfend mit eingreifen, und den Kollegen mit Ausschluß drohen. In anderen Orten wiederum läßt man einen Druck dahin aus, daß es nicht zur Gründung einer Organisation kam. Wie notwendig es jedoch ist, daß sich die Kollegen organisieren, zeigen die im ganzen Bezirk gezahlten Aböne, von sonstigen Mitgliedern im Gewerbe ganz abgesehen. Denn Aböne von 22 bis 25 S sind hier allgemein üblich. Und das in einem Distrikt, der zu den reichsten Deutschlands zählt, und in dem die Bismarckische Millionärnachbarschaft die besten Erfolge zu verzeichnen hat. Nur in Halberstadt, wo seit vier Jahren Verträge mit den Unternehmern geschlossen werden, ist eine Besserung der Verhältnisse zu verzeichnen. So liegt der Lohn im genannten Zeitraum um 8 S, und die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde gekürzt. Auch ist in puncto Bau- und Arbeiterlohn in der Behandlung eine erhebliche Besserung zu konstatieren. Leider scheint jedoch ein großer Teil der hiesigen Kollegen nicht zu begreifen, daß diese

Besserung der Verhältnisse lediglich der Organisation zu danken ist. Wie wäre es sonst möglich, daß die Versammlungen immer so schlecht besucht sind. Auch ist es notwendig, daß alle Kleinlichen persönlichen Nebenheiten unterbleiben, damit endlich die Organisation auch nach innen erflart. Am Ort selbst sind 265 Kollegen organisiert. Nicht organisiert sind: Dazu kommen noch 52 Mitglieder der Pastillen Herzeleben, Langenstein und Quenstedt, so daß die Gesamtzahl 317 beträgt. Die Zahl der im Zweigvereinsbezirk anhängigen Maurer beträgt 968. Die Zahl der Orte 84. In einzelnen dieser Orte wohnen eine ganz beträchtliche Zahl Maurer. So in Grönningen 87, Dingelstedt 95, Dedeleben 52, Baderleben 45, Darbesheim 32 zc. Die Kollegen der Organisation zuzuführen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Dazu bedarf es aber der Mitwirkung aller Kollegen. Schon der Selbsthaltungstrieb sollte die Kollegen anspornen, alles möglich zu tun, diese Kollegen für den Verband zu gewinnen. Denn es wäre leicht möglich, daß diese Masse von Nichtorganisierten einmal eine Kolonnenbewegung in Halberstadt erdrückt. Darum Kollegen, frisch ans Werk, und der Erfolg wird dann auch nicht ausbleiben.

**Salzfabrik a. d. S.** Am 10. Januar fand eine Versammlung des Zweigvereins statt. Zum ersten Punkt erhaltete Kollege Seifert Bericht über die Tätigkeit im verflorenen Jahr. Es fanden hiernach statt: 14 Versammlungen, 21 Vorstandssitzungen und 2 Besichtigungen. Dann gab Kollege Seifert bekannt, daß die Raumentnehmer bis auf zwei wieder den Lohn von 50 S zahlen, ferner, daß in den Ostschloßen Ammendorf, Leseu und Nadelwitz die Kollegen unter sich selbst nicht einig sind. Maurermeister Friedrich zählt in Nadelwitz nur 85 A, dagegen andere, die dagegen fouen, 50 A. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, dieses im kommenden Frühjahr nicht wieder einzuwirken zu lassen. Die Mitgliederzahl beträgt 964. Kollege Seifert erwähnte die Kollegen an ihre Pflicht, ein jeder müsse Agitation sein, um alle Maurer von Salz und Umgegend der Organisation zuzuführen und dadurch die Unternehmern zu zwingen, Lohnverträge abzuschließen. Zum zweiten Punkt ergab sich für das 4. Quartal 1903 eine Gesamteinnahme von M. 7618,29, Ausgabe an die Hauptkasse M. 3768,84 und für die Lokalasse M. 1854,84, verbleibt ein Bestand in der Lokalasse von M. 2504,81. Die Jahresrechnung für die Lokalasse ergibt M. 2505,59 Einnahme und M. 4054,98 Ausgabe, außer M. 900 Sekretariatsbeiträgen. Die Gesamteinnahme für das ganze Jahr beträgt M. 17 615,61; davon sind an die Hauptkasse abgeführt M. 13 258,35. Hieraus wird den Kassieren Decharge erteilt. Dann erhält der Bibliothekar, Kollege Hoffe, Bericht über seine Tätigkeit. Es sind 201 Bände vorhanden und von diesen 198 Bände von 172 Kollegen benutzt worden. Entschuldigungen werden bewilligt: Dem ersten Vorsitzenden M. 50, den Kassieren 1 vzt. der Gesamteinnahme (dem ersten Kassierer 1/2 und dem zweiten Kassierer 1/2, von diesem). Auch dem Bibliothekar wurden für eine Vermählung M. 10 bewilligt. Zum dritten Punkt wurden für die Lokalasse als erster Vorsitzender, Heinrich als zweiter Kassierer, Drege als Schriftführer, Koffe als erster und Kleinhardt als zweiter Bibliothekar, zur Revision wurden gewählt die Kollegen John, Lautenschlager und Schilke, und zur Arbeiterkommission die Kollegen Hanke und Ihner. Nach Beendigung der Wahlen kam es zu Erörterungen über die Kollegen, die im vorigen Lohngebiet auf gestrichelten Bauten gearbeitet haben. Es sind dies Paul Wagner, Albert Rixten und Albert Wiltner. Diesem erklären sich für unschuldig, die Leipziger Kollegen die Sperren ebenfalls nicht halten. Kollege Seifert wird beauftragt, sich noch einmal mit den Leipziger Kollegen in Verbindung zu setzen und wird dieser Punkt deshalb bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Angelegenheit mit den Statuten wird ebenfalls vertagt.

**Saunburg.** Versammlung der Zementierer und Kunstfesteiniger bei Woblfad. Kollege Gortwig hielt ein längeres Referat über: 'Der Lohnkart.' Meiner führte aus, daß in unserer Branche das Klassenlohnsystem noch sehr in Übung ist. In diesen und andere Verhältnisse zu befehligen, müßten alle Kollegen stramm in der Organisation tätig sein. Es wurde dann eine Kommission, bestehend aus zwei Zementierern, zwei Kunstfesteinern und einem Hilfsarbeiter, zur Ausarbeitung des Lohnkartes gewählt. Von verschiedenen Kollegen wurde erwähnt, daß um die letzte Zeit von mehreren Firmen Lohnkürzungen vorgenommen wurden. Kollege M. führte die Wünsche auf dem Neubau des Korpsbellehungsamtes in Wahrenfeld an, wo Mitte November beim Aufschlagen die Decken mit der Schalung herunterfielen und trotzdem nachher weitergepfuscht wurde, so daß auch Mitte Dezember und am 23. Dezember wiederum Decken herunterfielen. Auch am Van Rolandsmühle in Orfenen kamen Deckeneinstürze vor. Hier, wie auch in Wahrenfeld, waren die Eiseneinlage wie auch Mischung (Zement wurde dem Kies nur gezeigt) mangelhaft. Es wurde dann vom Kassierer der Kassierbericht vorgelegt, doch war ein genauer Bericht nicht möglich, da viele Mitglieder mit den Beiträgen noch sehr weit zurückständig sind. Die Hilfskassierer wurden beauftragt, bei den Sektionsmitgliedern darauf zu sehen, daß mindestens alle 14 Tage Kassiert wird. Ferner wurde beschlossen, alle Kollegen, die noch im Rückstande sind, aufzufordern, ihre Bänder in Ordnung zu machen oder im Verbandsbureau sich Aufschub gewähren zu lassen. Kollege Gortwig machte dann auf die Aufnahme einer Statistik über die Arbeitslosigkeit aufmerksam, wozu Blaud ausgebehalten sind. Diese auszufüllen ist Pflicht aller Mitglieder. Die einzelnen Monatsblätter werden am Sonntag nach dem ersten abgeholt. Es wurde dann vom Kollegen K. erwähnt, daß die Sektion im April ihr erstes Stiftungsfest feiern könnte. Da ein kleines Vergnügen vielen Mitgliedern sehr erwünscht sei, wurde dieser Punkt zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

**Selmstedt.** Am 9. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren per Postkarte eingeladen, und dieses hatte einen guten Erfolg, denn die Kollegen waren ziemlich zahlreich erschienen. Zum ersten Punkt: 'Jahresbericht', berichtete der Vorsitzende etwa folgendes: Mitgliederversammlungen fanden 16 statt, welche leider schlecht besucht waren, Vorstandssitzungen fanden 9 statt. Die Mitgliederzahl betrug im März vorigen Jahres 64 und stieg im Laufe des Sommers bis auf 104, in welcher Stärke sie bis heute verbleibt. Eine Lohnforderung, die im Februar eingereicht wurde, war soweit von Erfolg, daß ein Lohnaufschlag von 2 S pro Stunde erreicht wurde, wofür sich aber die Gesellen auf 3 Jahre binden mußten, indem

der Stundenlohn von 87 S bis zum 30. April 1904 festgelegt wurde. Zum zweiten Punkt: 'Vorstandsbericht', wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kuppe, Deite und Brandes neu gewählt. Als Kassenrevisor wurde Kollege Rogmann wiedergewählt. So dann wurde vom Vorsitzenden bemerkt, daß sich dem letzten Vergräbnisfall drei Kollegen der Weidungsspflicht entziehen hätten, wofür sie laut Ordstatut M. 1 Strafe zu zahlen hätten. Da sie sich dessen jedoch weigerten, so sollen sie nochmals dazu ermahnt werden, ist die Mahnung ohne Erfolg, so sind sie ausgeschlossen. Ferner wurde beschlossen, am 27. Februar ein Fastnachtsvergügen abzuhalten. Am Schluß der Versammlung wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, eine Hausammlung vorzunehmen und den Ertrag nebst M. 15 aus der Lokalasse dem Ausschusses in Grimmitzschau zu überweisen.

**Landberg a. d. W.** Am 3. Januar fand hier die erste Generalversammlung des Zweigvereins statt. Als erster Punkt der Tagesordnung war der Jahresbericht des Zweigvereins vorgesehen, welcher vom Kassierer berichtet wurde. Es ergab sich daraus, daß die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1903 289 betrug, neu aufgenommen wurden 89, gefloren sind 3, ausgeschlossen 9 Mitglieder. An die Hauptkasse wurden M. 2966,70 abgehoben, an den Gausvorstand sind M. 50 abgeführt, an die ausgescherten Textilarbeiter in Grimmitzschau wurden M. 80 spendet. Der Kassenbestand der Lokalasse betrug am Schluß des Jahres 1903 M. 298,66. Die Zweigvereinsgeschäfte wurden in 26 Mitgliederversammlungen, 5 öffentlichen und 33 Vorstandssitzungen erledigt. Von der Wichtigkeit der Kasse haben sich die Revisoren sowie der Vorstand achmal im Jahre überzeugt. Maßregeln seitens der Unternehmern haben im verflorenen Jahre nicht stattgefunden. Nachdem noch andere Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Lebensfeld.** Der hiesige Zweigverein hielt am 8. Januar seine erste diesjährige Mitgliederversammlung ab, die der Mitgliederzahl entsprechend nur mäßig besucht war. Nach der bekanntgegebenen Tagesordnung verlas der Kassierer den Kassenbericht. Danach betrug die Einnahme der Hauptkasse M. 230,50. Die Einnahme der Lokalasse betrug M. 141,39, die Ausgabe M. 54,75, somit Kassenbestand M. 86,84. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig, voraus dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Hierzu wurde eine neue Kontrollkommission gewählt. Kollege Meyer stellte den Antrag, den Aufsichtsausschuß eine Unfallverhütungsvorschrift von seinen des Zweigvereins zuzustellen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach dem entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über den Punkt 'Lohnforderung'. Kollege Schwabe stellte den Antrag, eine Kommission zu wählen, die mit den übrigen Baugewerbern in Verbindung treten soll, um eventuell gemeinsame Forderungen zu stellen. Der Antrag wurde angenommen. Die Jenseiterunterstützung wird von Georg Weigel, Lohrerstraße 24, ausgezahlt.

**Magdeburg.** Am 12. Januar tagte im 'Dressalferbund' eine Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den verflorenen Kollegen einige Worte. Das Andenken derselben würde in üblicher Weise gehen. Der Vorstandsbericht ergab folgendes: Das vergangene Jahr war für die Maurer Magdeburgs ein ruhiges, da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarif festgelegt sind. Eine Baupferr mußte vorgenommen werden, weil der Unternehmer den fälligen Lohn nicht ausgezahlt hat. Die Sperre über diesen Bau besteht noch. Mitglieder sind im Berichtsjahre beigetragen 88, ausgezahlt M. 14, ausgezahlt 9. Der Mitgliederbestand am Schluß des ersten Quartals betrug 535, des zweiten Quartals 552, des dritten Quartals 569 und des vierten Quartals 552. Versammlungen haben acht stattgefunden, vier mußten wegen anderweitiger Veranstaltungen ausfallen. Der Besuch derselben war im allgemeinen der Mitgliederzahl nicht entsprechend. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab für die Hauptkasse an Einnahme M. 2668,55, Ausgabe für Streiks M. 62,08, Mittelunterstützung M. 42, Reichslohn M. 25,82, Unterhaltung für die Familie Schach M. 97,50, Procente an die Lokalasse M. 610,05, an die Hauptkasse M. 1255,48, Ausgabe M. 764,90, Bestand M. 760,58. Die Jahresabrechnung ergab folgendes Resultat: Einnahme für die Hauptkasse M. 10 718,80, Ausgabe M. 3577,76, abgehoben an die Hauptkasse M. 714,04. Lokalasse: Einnahme mit Bestand vom vorigen Jahr M. 4293,89, Ausgabe M. 8462,81, darunter die Walausperrung M. 1879,28, Bestand M. 760,58. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab: Schulte erster Vorsitzender, Buch Straßreiter, Lange Kassierer, Spenzler Stellvertreter, Meier Schriftführer, Wähling, Richter und Brodoff Revisoren. Hierzu wurde das Schreiben des Generalkassierkassiers gelesen, und werden die Kollegen aufgefordert, sich recht rege an der am 24. Januar stattfindenden Arbeitslosenaktion zu beteiligen. Für die Grimmitzschauer Textilarbeiter werden M. 100 bewilligt. Es wird noch der Wunsch ausgeprochen, mehr wissenschaftliche Vorträge halten zu lassen. Deseien soll entsprechen werden. Mit der Auforderung, die Versammlungen besser als bisher zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Nordhausen.** Am 5. Januar fand im Lokal Stadt Berlin die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 70 Kollegen. Zum ersten Punkt beschloß die Versammlung, den Lohn von 85 auf 88 S, für Junggeheilen von 20 auf 25 S zu erhöhen. Die Vorstandswahl hatte das Ergebnis wie im vorigen Jahre. Den Jahresbericht erstattete der Kollege Rauerwald.

**Notawies-Reudorf.** Sonntag, den 9. Januar, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung ab, welche nur schwach besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung, welche befehligt wurde. Als Delegierter zur Landeskonferenz wurde der Kollege Heidenreich gewählt. Nun gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht, welcher die Zustimmung der Kollegen fand; nur der Kollege Decker hat um Namhaftmachung der verflorenen Kollegen, welchem Wunsch auch der Vorsitzende nachkam. Es folgten u. a. Kollege Sitzung mit 8 Wochen, P. Schmidt mit 1 Wochen und ein Hilfskassierer Paul Schomb, mit 6 Wochen, was vom Vorsitzenden besonders gerügt wurde. Dann wurde zur Wahl des gesamten Vorstandes geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Heidenreich, als zweiter Adolf Neubauer, als Kassierer Gustav Meitels, als Schriftführer Herr Gafeloff, als zweiter Kassierer Aug. Derschoff, als Revisoren Herrscherm, Gabriel, Lorenz, als Hilfskassierer Josefloff und Wacker gewählt. Nach längerer Debatte über die Tarifgemeinschaft im Fußergewerbe wurden sich die



Kollegen dahin einig, daß die hiesigen Kollegen mit dem Vorstand zu einer Sitzung zusammentreten, um darüber zu beraten. In "Verschiedenes" wurde vom Kollegen Lorenz ein Wintervergütigen in Vorschlag gebracht, welches auch angenommen und auf den 20. Februar festgesetzt wurde. Zum Schluß wies der Kollege Stottold auf die Gemeindevorstände hin und erwähnte besonders die Neuendorfer Kollegen, energisch für die Wahl einzutreten; weiter bat er um rege Beteiligung an dem vom 30. März bis zum 6. Februar stattfindenden Sunstabend. Willeis, 2 30 s für Erwerbstätige und 15 s für Kinder, sind bei sämtlichen Bezugsführern zu haben. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Reichenbach i. Vogtland.** Am 10. Januar fand hier eine öffentliche wägig besuchte Mauererverammlung statt. Punkt 1 der Tagesordnung lautete: Bericht vom Gewerkschaftsamt und Neuwahl der Delegierten hierauf. Der Kollege Ludwig erhaltete den Bericht und führte unter anderem aus: daß die Mauerer in Reichenbach am besten von allen Arbeitern organisiert seien. Die Einnahme des Gewerkschaftsamt betrug M. 957,36, und die Ausgabe M. 881,61. Als Delegierte zum Gewerkschaftsamt wurden die Kollegen Franz Kraft und Heinrich Ludwig wieder gewählt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl des Delegierten zur Gaukonferenz wurde erwähnt, daß von dem Gauvorstand in Leipzig im obren Vogtlande sehr wenig getan worden sei betreffs der Organisation und Agitation, erst vor kurzer Zeit habe der Gauvorstand eine Versammlung in Falkenstein abgehalten. Es wurden die Kollegen Albin Flosch und Heinrich Ludwig als Delegierte gewählt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung erhaltete der Vertrauensmann Bericht über das vierte Quartal 1903. Er führte an, daß in Reichenbach L. 195 Kollegen dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehören und daß die Beiträge in fast zufriedenstellender Weise einfließen; die Restanten würden aber wohl nicht ganz aus der Welt geschafft werden. Die anwesenden Meistoren beauftragten die Mitglieder der Abrechnung und erstellen dem Vertrauensmann Berdarge. In Vorschlag zur "Brüderlichen Verwaltung" wurden die Kollegen Franz Kraft als erster und Heinrich Ludwig als zweiter Vertrauensmann gebracht. Zu Meistoren wurden die Kollegen Flosch, Mathes und Weichelt gewählt.

**Hofstad.** Sonnabend, den 9. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtete Kollege Brandt, daß unser treues Mitglied Runge gestorben sei. Die Versammlung erhob sich zur letzten Ehrung des Verstorbenen von den Klagen. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal, die mit einem Kasienbestand für die Kassa-lasse von A 214,88 abschloß. Sodann wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erriacht. Danach haben im letzten Jahre 28 Mitgliederverammlungen stattgefunden. Im Durchschnitt sind die Versammlungen von 55 Kollegen besucht worden. Vorstandssitzungen haben 22 stattgefunden. Die Jahreseinnahme beträgt für die Kassa-lasse A 1230,60, die Ausgabe A 1021,72. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Dann wurde vom Vorsitzenden Margelegt, daß man den Kollegen, die in der Umgegend wohnen und an Sonntagen nach Hause reisen, Gelegenheit geben müßte, unsere Versammlungen zu besuchen. Es wurde der Mittwoch als geeigneter Tag festgelegt. Den Hofstadter Kollegen kann es auch nicht schaden, wenn sie die Versammlungen etwas besser besuchen, denn es ist beschämend, daß wir diesen Sommer mit circa 280 Mitgliedern einen Durchschnittsbesuch von nur 55 Kollegen feststellen konnten. Wenn die Kollegen so lässig bleiben, kann es passieren, daß die Maurer Hofstods noch einmal zehn Jahre mit einem Stundenlohn von 45 s zufrieden sein müßten, wogegen die Schöneringer Kollegen, die noch bis vor einigen Jahren 40 und 42 s Lohn hatten, jetzt schon 47 s erlangen haben.

**Mühlroth.** Sonntag, den 10. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die leider nicht zum besten besetzt war. Sehr viele Kollegen halten es wahrscheinlich nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen. Sie denken, wenn sie ihre Beiträge bezahlt haben, wäre die Sache gut und das läßige würde von den anderen Kollegen befragt werden. Es gibt so vieles zu beraten und zu beschließen, daß es sehr ermüdend wäre, wenn sich jedes Mitglied des Bittern zu den Versammlungen bemühen wollte. Meistens sind es immer dieselben Kollegen, die fast in keiner Versammlung erscheinen. In der Versammlung wurde nach Verlesung des Protokolls und der Abrechnung vom vierten Quartal die Vorstandssitzung vorgenommen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden meistens alle einstimmig wiedergewählt. Dann referierte Kollege K. Deusch über die wirtschaftliche Lage der hiesigen Maurer und forderte die Kollegen auf, für die Organisation zu arbeiten, damit sich immer mehr Kollegen anschließen.

**Spanbau.** Am 6. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Aus dem Bericht des Vorstandes, den Kollege Degner erhaltete, ist folgendes zu bemerken: Insgesamt haben 7 Unterhandlungen stattgefunden, 3 mit der Arbeitgeberorganisation und 4 mit Einzelunternehmern. Zweck Aufbesserung der Lohns und Arbeitsverhältnisse, d. h. zwecks Regelung entstandener Differenzen. 2 Unterhandlungen. Eine Unterhandlung fand im Beisein des Gauverbandes statt, 6 ohne denselben. Sämtliche Unterhandlungen endeten mit keinem uns zufriedenstellenden Ergebnis. In 2 Fällen mußte zu Waußern geschriftet werden, welche auch mit unserem Siege endeten. In der ersten Sperte war eine Lohnerhöhung Gegenstand unserer Forderung; diese endete nach zweiwöchiger Dauer, mit einem Erfolge für die Gesellen. Die zweite Sperte richtete sich gegen einen Unternehmer, welcher Alfordmauer beschäftigte und mit organisierten Kollegen ein ganz willkürliches Spiel trieb. Gefordert wurde Entlassung der Alfordmauer und eine schriftliche Erklärung, wonach künftig Alfordmauer nicht mehr beschäftigt werden sollten. Nach zwölfwöchiger Dauer endigte auch diese für uns günstig. Maßregelungen haben 10 stattgefunden, sämtlich wegen der Feier des 1. Mai. Zwecks Erledigung der der Brüderlichen Angelegenheiten hielt der Zweigverein 35 Vorstandssitzungen ab, von diesen waren 9 erweiterte. Außerdem haben 18 Mitgliederversammlungen und 1 öffentliche stattgefunden. Der durchschnittliche Besuch der Versammlungen betrug 82. Die Korrespondenz nach außerhalb betrug 204 Postsendungen, eingelaufen 171. Der Postverkehr im Ortsbezirk belief sich auf 35 Briefe und 240 Karten. Die Hausflüssigkeit, welche im vorigen Jahre eingeführt ist, hat sich gut bewährt und uns außerordentliche

Dienste geleistet. Dem Kassierbericht, den Kollege Busse gab, ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug A 1822,40. Verkauf der Kassa-lasse A 120,72. Die Wittgeldezahl am Curatalschluß beträgt 287, wovon noch 6 Kollegen mit ihren Beiträgen, der Meistoren, der Hausflüssiger und Kartelldelegierten wurden die Kollegen Mahse, Witzel, Stagemel und vom laut S 88 d. Abf. 1 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen. Nachdem noch beschlossen worden war, daß die Monatsversammlungen wie bisher am Dienstag nach jedem 1. im Monat bei Wägig abgehalten werden sollen, hielt Kollege Degner, nach eine Anrede, in der er in markigen Worten die Kollegen aufforderte, überall ihre Pflicht zu tun und auch den neuen Vorstand im neuen Jahre mit allen Kräften zu unterstützen; denn nur auf diese Weise sei es möglich, gedächlich für die Organisation zu wirken. Demnach wurde die letzten Wintermonate des Jahres über die Kollegen im Innern zu festigen, damit wir zum Frühjahr, wenn uns die Wankunftur günstig ist, gleich der Natur wieder neue Kräfte entwickeln können. Mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Stettin.** Am 6. Januar tagte im Lokale des Herrn Buchholz eine Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Hermann Molinsky in der hiesigen Weise gelehrt. Am ersten Punkt der Tagesordnung wurde über das weitere Schreiben des Arbeitgeberverbandes verhandelt, es lautet: "Wir teilen Ihnen hierdurch ergebnis mit, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes damit einverstanden sind: die Tarifvertragsperiode bis zum 15. Januar 1904 zu verlängern, alle anderen Forderungen jedoch abzulehnen." Als Antwort auf dieses Schreiben wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen: "Der heute, am 6. Januar, tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes 1904, tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Stettin und Umgegend, nimmt Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stettin vom 24. Dezember 1903. Die Versammlung spricht ihr Bedauern aus, daß der Arbeitgeberverband unseren Forderungen zu ablehnend gegenübersteht. Die Versammlung spricht aus, daß sie überhaupt des Arbeitgeberverbandes, daß er sich darüber ausspricht, wie sich der Arbeitgeberverband zum Vertragsverhältnis stellt, das dieses aus dem Schreiben vom 24. Dezember d. J. nicht ersichtlich ist. Des weiteren beantragt die Versammlung beim Arbeitgeberverband, das Vertragsverhältnis bis zum 1. Februar d. J. zu verlängern, um eine würdige Beschäftigung über die Frage, Stellung zum Vertragsverhältnis zu beschließen zu können." Am zweiten Punkt: Wahl eines Delegierten zu der am 9. und 10. Januar stattfindenden Konferenz wurde Kollege Paul Filikus gewählt. Ferner wurden die Wittgelde der Kollegen Schab, Popp und Berg von der hiesigen Unterhütung berichtigt. Am dritten Punkt: "Verschiedenes" kam eine Angelegenheit von einem Bau auf der Galtwiese, betreffend den Meistoren Schriftführer und Mitglied der Logenkommission, setzte sich einfach über die Beschlüsse des Zweigvereins hinweg, indem er sich weigerte, dem Bauberechtigten auf dem Bau sein Mitgliedsbuch zu zeigen. Die Kollegen hatten dieses nun schon wochenlang mit angelesen. Als aber Anruf auf nochmaliges Aufsuchen seiner Pflicht noch nicht nachkam, außerdem noch ausfallend wurde und einige Kollegen bedrohte, keilten die selben die Arbeit ein. Die Versammlung fand das Vorgehen der Kollegen berechtigt, und mußte Anruf keine Rente im Zweigverein niederlegen und wurde ihm außerdem von der Versammlung eine Marge erteilt. Der Antrag, daß Anruf die Kosten, die der Zweigverein hierdurch gehabt hat, bezahlen soll, wurde abgelehnt. Da die Tagesordnung erschöpft war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Wohwinkel.** Sonntag, den 10. Januar, fand in Sonnborn im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Zum Jahresbericht des Vorstandes führte der Vorsitzende aus, daß es uns trotz der Reichstagswahl (wo der Vorstand besonders in die Agitation eingreifen mußte) gelungen wäre, 44 neue Mitglieder dem Verbande zuzuführen. Er forderte die Kollegen noch auf, im neuen Jahre besser mit in die Agitation einzugreifen, damit wir in diesem Jahre auch den Lohn erringen, der in Elberfeld und Barmen gezahlt wird, nämlich 60 s pro Stunde. Dem Kassierbericht gab der Kassierer für das ganze Jahr, und wurde ihm Berdarge erteilt. Sodann wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnt, die Versammlungen regelmäßig und besser als bisher zu besuchen, und jeder es sich zur Pflicht machen müßte, zu jeder Versammlung ein neues Mitglied mitzubringen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Berichtigung.** In der Abrechnung der Berliner Rührer, Seite 21 der vorigen Nummer, hat sich in der Bilanz im Kassenbestand ein Druckfehler eingeschlichen. Die richtige Summe ist M 42 076,23, wie auch aus der Einnahme und Ausgabe hervorgeht.

**Zentralkrankenkasse.**  
(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 10. bis 16. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der Brüderlichen Verwaltung in Wilmberg M. 309, Schyba 280, Beckig i. b. Markt 280, Potsdam 200, Matheson a. b. Hennigsdorf 150, Meinhel 188,95, Tschobe 180, Harburg a. d. Elbe 140, Batswolk 100, Sieve a. b. Ober 106,50, Drielen 100, Nettelien 100, Wolfenbüttel 110, Kirchsteinhof 100, Alt-Damm 100, Elbing 100, Gausberge 88,20, Scharfstrug 80, Brantenthal 60, Eckartschauen 60, Eggersdorf 60, Suter a. b. Sch. 50, Witten 100, Markt 50, Eisdorf 50, Marksdorf 50, Sch. 50,48, Nettelien 50, Rabna 60, Langendörp 13,92, Summa A 2378,11. Zufußschick erhielten: Bremen A. 600, Breslau 400, Mümmheim 200, Halle a. d. Saale 300, Wilmberg 300, Stuttgart 200, Alt-Wieslin 200, Witten i. b. Westf. 200, Groß-Walden 200, Münster i. b. Westf. 200, Dresden 200, Galle 200, Erlau 200, Nürnberg 150, Weidenwalde 180, Alnburg 100, Mülln i. b. Vog. 100, Annaberg 100, Sandquäusheim 100, Doberan 100, Wefens-

leben 100, Bippoldsweiler 100, Straßburg i. Elb. 100, Wilmberg 100, Barmen 100, Forch l. b. Rausch 100, Eisdorfbrunn 100, Essen a. d. Ruhr 100, Laßig i. Baden 100, Zeterow 100, Leipzig-Gohlis 75, Torgelow 60, Breuerhaven 50, Wüdeburg 50. Summa M. 5516.  
München, den 16. Januar 1904.  
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.**

**Göttingen.** Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 15. Januar, Vormittags 11 Uhr, auf dem Grundstück Wurzstr. 33, das dem Baunternehmer Finte gehört. Es stand ein altes Gebäude auf dem Platze. Nachdem es abgebrochen worden war, drohten die Nachbarghäuser einzustürzen. Der Kolter und die Maurer haben wiederholt gesagt, die Häuser müßten abgestiftet werden; der Unternehmer Finte erwiderte aber ganz schroff: Es wird nichts abgestiftet. Schließlich ist es ihm doch etwas schied geworden und er hat doch eine Stiefe zwischen den beiden Häusern anbringen lassen. Bei der Ausschachtung zum Neubau war sein fester Grund zu finden, es war schon über 3 Meter abgedacht. Kolter und Maurer sagten abermals: Es muß abgestiftet werden. Da hat der Unternehmer Finte abermals gesagt: Es wird nicht abgestiftet. Am 12. Januar, zwischen 10-11 Uhr rutschte plötzlich der Erdboden mit einem Stück alten Mauerwerks von den Nachbarghäusern in sich zusammen und gerückte den Maurer Wilhelm Eggert, so daß er am anderen Morgen seinen Geist aufgab. Dem Maurer Fritz Meister wurden beide Füße erheblich verletzt.

**Silben.** Ein Unglücksfall ereignete sich Donnerstag, den 14. Januar, an dem Fahrleitbau des hiesigen Wasserwerkes. Bei dem am genannten Tage herrschenden Sturmte stürzte am Nachmittag zwischen 8 bis 4 Uhr ein Giebel ein, wobei zwei verheiratete Maurer zu Schaden gekommen sind, während sich ein dritter durch einen Sprung auf ein anderes Gerüst rettete. Nach sofortiger Berühmung des Arztes wurden die Verletzten, nachdem ihnen ein Nothverband angelegt war, ins Krankenhaus geschafft. Es ist dies schon der dritte Einbruch an diesem Bau.

**Norden.** Am Bau des Unternehmers Gagehofm waren die Maurer mit dem Verlesen und Verputzen einer Dede beschäftigt. Ein Maurer und ein Arbeiter traten zu gleicher Zeit auf ein und dasselbe Gerüstbrett, das mit der Last durchbrach. Der Maurer kam mit dem Schreck davon, der Arbeiter aber zog sich eine Fußverletzung zu, humpelte aber noch nach Hause. Nachträglich hat ihm aber der Arzt einen Wundverband angelegt, woraus zu schließen ist, daß der Unfall schlimmer ist als erst angenommen wurde. Hier ist wohl wieder einmal im allgemeinen die Mahnung anzubringen: das zu verwendende Gerüstmaterial muß von den Arbeitern vor dem Gebrauch einer Prüfung unterzogen werden. Wie oft kommt es nicht vor, daß in der Eile ein falscher oder unzureichender Gerüstbaum nach zum Zureiniger verwendet wird, ebenso ist es mit dem Bretter- oder Dielenbelag. Die schlechteren davon können es wohl inwendig noch tun, heißt es da. Ein etwaiger Durchfall resp. Zusammenbruch wird gewöhnlich auf die leichte Wajel genommen, da höchstens 1 1/2 bis 2 Meter in Betrag kommen. Man denkt nicht daran, daß man auch aus solcher Höhe ernstlich verunglücken und unter Umständen auch den Hals brechen kann. Meistenteils schieben in solchen Fällen die Unternehmer den betreffenden Arbeitern und Gerüstbauern die Hauptschuld an sich einem Unfälle zu, und nicht immer mit Unrecht. Die Arbeiter sollten minderwertiges Gerüstmaterial rüchlos ausmerzen und auch gegen den Befehl des Unternehmers und Poliers zurückweisen.

**\* Straßere Ausführung von Banarbeiten.** Gar häufig hört man davon, daß sogenannte Patentdecken einzurichten und oftmals Menschenleben vernichten. Gewöhnlich muß dann der unglückliche Zufall herhalten, der jedoch an dem Zusammenbruch gemein sein soll. Meistens dürften solche Anfälle aber auf die Verwendung schlechten Materials und auf die vorrührstündige Ausführung der Arbeiten zurückzuführen sein. Diese Annahme wird uns jetzt wieder bestätigt aus B a h r e n f e l d (Wilmberg), wo in dem Neubau des Hordseleidungsamts Betondecken hergestellt werden. Die verwendete Betonmischung besteht aus einem Teil Zement und zwanigzig Teilen Kies. Die vorgefertigten Eiseneinlagen weichen überall von einem Träger bis zum anderen, sondern häufig nur bis zur Mitte der Stappe, so daß die Eiseneinlage nur pro Forma im Beton liegen. Dieser und denn auch nicht weniger als 15 Stappen eingestürzt. Dabei ist der Kolter, dem die Verantwortung für die Ausführung in erster Linie zugewiesen sein dürfte, verunglückt. Die Unternehmerfirma heißt Weiß & Freitag. Auch beim Bau der Notstandsbrücke, Unternehmer Neugbauer & Schilbisch, brachen infolge Verarbeitung schlechten Materials Deden zusammen.

**\* Gerichtliche Bewertung des Banarbeiter-Lohnes.** Aus W i r t z b u r g a wird uns über den Ausgang einer Gerichtsverhandlung berichtet: Die Baufirma Kraak & Co. führte unlangst in der Valentin Bedertstraße einen Neubau auf. Der jährliche Bauaufseher Otto bemerke gelegentlich der ihm obliegenden Baukontrolle, daß er dem Bau, entgegen der oberpolizeilichen Vorschrift vom 1. Januar 1901 zum Schutze der an Wänden beschäftigten Personen, die Walleöffnungen nicht ordnungsgemäß abgedeckt waren und erstattete pflichtgemäß Meldung. Auf Grund derselben erließ der Stadtmagistrat an die betreffende Firma eine Auflage, den gerügten Mangel hand sofort zu beseitigen, doch bestimmte sich die Firma um diese Auflage nicht im geringsten und ließ ruhig weiter "fortbauen". Erst als daraufhin die Einstellung der Arbeiten am Bau verweigert wurde, haben sich die Herren Kraak & Co. gemüßigt, dem gewöhnlich nur zu berechtigten Verlangen durch Abschaffen der Walleöffnungen zu entsprechen. Wegen der beharrlichen Weigerung hatte der Magistrat auch die gerichtliche Verhaftung der Firma und des Bauaufsehers Philipp Kraak, dem Sohn des Mithabers, in die Wege geleitet. Das Schöffengericht erachtete auch beide Angeklagte der Übertretung der vorgenannten Verordnung für schuldig und erkannte gegen jeden auf A 8 G e l d s t r a f e und Verteilung in die Kosten des Verfahrens. Gewiß eine







